

GRUSSWORT

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

der Schock über die Terroranschläge in Paris sitzt immer noch tief und sorgt seitdem für Bestürzung in der ganzen Welt. Durch die große Anteilnahme drücken Menschen ihre Betroffenheit und Solidarität mit der französischen Bevölkerung aus. Auch unsere Gedanken sind bei den Opfern und Angehörigen dieser furchtbaren Taten.

Der Terror fordert ganz Europa auf, enger zusammenzustehen und für die Werte unseres freiheitlichen Europas einzustehen.

Wichtig ist es dabei auch, dass unser Verhalten in Bezug auf die Menschen, die in unsere Stadt kommen, weil sie genau vor diesem Terror fliehen, von den Ereignissen unbeeinflusst bleibt. Die bisherige Unterbringung von Zuflucht suchenden Menschen sowie von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geschieht in der Stadt Aachen vorbildlich und ohne nennenswerte Probleme. In Kooperation mit verschiedenen Institutionen setzen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger nach wie vor dafür ein, den Begriff

der Integration mit Leben zu füllen. Sprachkurse oder gemeinsame Aktivitäten sind nur zwei Beispiele, die deutlich zeigen, dass eine Vielfalt der Kulturen für unser Land und auch unsere Stadt auch Chancen bietet und Bereicherung sein kann. Gerade in der Adventszeit sollte uns das C in unserem Parteinamen – bei allen Anstrengungen, die sicherlich für eine gelungene Integration erforderlich sind - hierfür Orientierung und Richtschnur sein. Denken wir an Betlehem und die Herberge im Stall.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit! Kommen Sie gut ins neue Jahr und bleiben Sie gesund!

Mit weihnachtlichen Grüßen

Ihre

Ulla Thönissen MdL



THEMEN

FRAKTION

» Stadt Aachen: Haushalt 2016 nimmt Formen an

LAND

» Aktuelles aus dem Landtag

BUND

» Deutscher Bundestag beschließt Regelung zur Suizidassistentz

EUROPA

» EU beschließt Ende der Roaming-Gebühren ab 2017

FRAKTION

Stadt Aachen: Haushalt 2016 nimmt Formen an

Die große Koalition von CDU und SPD hat die Vorbereitung der Haushaltsberatungen 2016 abgeschlossen. Im Dezember werden nun die Ausschüsse und die Bezirke beraten.

Für Ende Januar 2016 ist der Haushaltsbeschluss geplant. Die Haushaltssituation ist unverändert schwierig. Dennoch war es der CDU-Fraktion wichtig, einige Eckpunkte festzuschreiben.

Für 2016 und die Folgejahre sind keine weiteren Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer eingeplant. Damit bewegt sich Aachen im unteren Drittel zu den Vergleichsstädten in der Städteregion und im Regierungsbezirk Köln.

Marke „Wissenschaftsstadt“

Das Schwerpunktthema Wissenschaftsstadt wird in den nächsten drei Jahren verstärkt in die Öffentlichkeit getragen. Dazu sollen auch Arbeitsabläufe in der Verwaltung zusammengefasst werden. Die Marke „Wissenschaftsstadt“ wird damit parallel zum Bauverfahren Campus West begründet.

Bedarfsgerechte Betreuung

Zur Stärkung von Familie und Beruf werden die Investitionen in Kindertagesstätten erhöht. Das Ziel ist insbesondere bei der Betreuung von unter 3-jährigen eine bedarfsgerechte Betreuung in ganz Aachen anzubieten. Das Platzangebot soll 50% der Kinder abdecken. Aufgrund der Zusatzinvestitionen und zur Schonung des Haushalts musste das Ziel, ein weiteres Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen, aufgegeben werden.

Am Ende ist die Machbarkeit immer die Grenze für jeden Wunsch.

(Claudia Plum - finanzpolitische Sprecherin - Foto: Alexandra H. / pixelio.de)



Aktuelles aus dem Landtag

Die Landesregierung muss sich endlich bewegen. Erneut haben nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden der Landesregierung deutlich signalisiert, dass ihre Kräfte und Ressourcen erschöpft sind. Die Kommunen sind zum Teil seit Monaten überlastet, denn sie können auf Dauer nicht gleichzeitig für das Land NRW Erstaufnahmeeinrichtung sein und parallel die dauerhafte Unterbringung sowie Integration von Flüchtlingen schultern. Wo bleibt das Konzept der Landesregierung für eine vorausschauende Integrationspolitik, das die CDU seit langem fordert?

Integration der Flüchtlinge

Denn damit auch die Integration der Flüchtlinge in Aachen in Schule und Arbeitsmarkt besser gelingt, braucht es deutlich mehr Unterstützung durch das Land. Das Erlernen der deutschen Sprache sowie die Wertevermittlung müssen bereits in der Erstaufnahme beginnen. Integrationskurse müssen stärker als bisher zu Demokratiekursen werden. Denn nur so können langfristige Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. Es ist unabdingbar, dass die Landeszentrale für politische Bildung zusätzliche niedrigschwellige Angebote entwickelt, die in den Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber oder an geeigneten Orten über die Grundlagen unserer Verfassung, über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit informieren und für die Werte des Zusammenlebens in Deutschland und Nordrhein-Westfalen werben.

Bezahlbarer Wohnraum

Ein weiteres Thema ist das des bezahlbaren Wohnraums, auch und gerade hier bei uns in der Studentenstadt Aachen. Aber leider hat Rot-Grün im Bauausschuss des Landtags NRW den CDU-Antrag „Dämmwahn bremsen“ abgelehnt und verhindert damit, dass Wohnraum schneller und unbürokratischer geschaffen werden kann.

Ziel unseres Antrages war es, Kosten und Nutzen bei der energetischen Sanierung von Gebäuden in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen, denn durch unverhältnismäßig hohe Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) werden zu viele Investitionen im Wohnungsbau in ganz Nordrhein-Westfalen ausgebremst.

Fragen der inneren Sicherheit

Angesichts des Terrors in Frankreich drängen sich auch bei uns Fragen der inneren Sicherheit auf: Ist die Polizei in Aachen und in NRW ausreichend für die Bewältigung von Terrorlagen gerüstet? Hat sie ausreichend Personal und eine adäquate Ausstattung zur Verfügung? Vertreter der GdP (Gewerkschaft der Polizei) fordern seit langem, die Einsatzhundertschaften besser auszustatten. Das Innenministerium war in der vergangenen Woche in der Sitzung des Innenausschusses jedoch nicht bereit, hierzu verlässliche Angaben zu machen und lässt damit auch die Öffentlichkeit im Unklaren über diese derzeit besonders aktuellen Fragen. *(Ulla Thönnissen MdL)*

Deutscher Bundestag beschließt Regelung zur Suizidassistenz

Knapp ein Jahr nach der „Orientierungsdebatte“ fand am 6.11. die abschließende Debatte über die vier Gesetzentwürfe zur Regelung der Suizidassistenz, die aus den Reihen der Abgeordneten erarbeitet worden sind und über die ohne die sonst übliche Fraktionsdisziplin entschieden wurde, im Deutschen Bundestag statt. Das Parlament hatte am 13. November 2014 erstmals über das Thema Suizidassistenz diskutiert, wobei die Abgeordneten in der emotionalen Aussprache neben politischen Positionierungen auch persönliche Erfahrungen vorbrachten. Ähnlich emotional verlief auch die erste Lesung der Gesetzentwürfe am 2. Juli 2015.

Zur Abstimmung standen: Der Antrag einer Gruppe um die Abgeordneten Michael Brand (CDU/CSU), Kerstin Griese (SPD), Kathrin Vogler (Die Linke) und Dr. Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen), der sich auf die „Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ bezieht. Eine Gruppe um Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU/CSU), Dr. Carola Reimann, Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach und Burkhard Lischka (alle SPD) hat ihren Entwurf „zur Regelung der ärztlich begleiteten Lebensbeendigung“ genannt. Die dritte Gruppe um die Abgeordneten Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Petra Sitte (Die Linke) und Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) haben ihren Gesetzentwurf „über die Straffreiheit der Hilfe zur Selbsttötung“ betitelt. Eine vierte Gruppe um die Abgeordneten Prof. Dr. Patrick Sensburg, Thomas Dörflinger, Peter Beyer und Hubert Hüppe (alle CDU/CSU) hat einen Entwurf „über die Strafbarkeit der Teilnahme an einer Selbsttötung“ eingebracht.

Rudolf Henke unterstützte – wie die meisten seiner Kollegen aus dem Bundestag – den Gesetzentwurf seiner Kollegen Michael Brand, Kerstin Griese u.a., der ein strafrechtliches Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung einführen möchte.

In der Orientierungsdebatte wiesen zahlreiche Redner darauf hin, dass der Wunsch zu sterben oft stark geprägt ist von der Angst vor Schmerzen, Qual und Fremdbestimmung am Ende des Lebens. Daher müsse zunächst die Hospiz- und Palliativversorgung verbessert werden. Darin waren sich die Abgeordneten auch in der ersten Lesung der Gesetzentwürfe grundsätzlich einig. Das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland wurde am Donnerstag, 5. November, verabschiedet.

Rudolf Henke begründete in seiner erneuten Rede im Plenum zum Thema die Absicht, für den Antrag „Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ zu stimmen: „Ich habe den Gesetzentwurf von Brand und Griese mitgezeichnet. Die Aufgabe von Ärzten ist es, Leben zu retten, Gesundheit zu erhalten, Krankheiten zu heilen, Leiden zu lindern und Sterbenden Beistand zu leisten. Weder die Tötung eines Patienten noch Beihilfe zum Suizid gehören zu den ärztlichen Aufgaben. So sieht es auch die (Muster-) Berufsordnung der Ärzte. Kein Patient muss eine ungewollte Behandlung gegen seinen Willen erdulden, auch lebenserhaltende Maßnahmen dürfen nicht gegen seinen Willen fortgesetzt werden. Das soll so bleiben. Ich bin aber dafür, geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid auch mit dem Strafrecht zu unterbinden.“

Am Ende der Debatte fielen in 2. Lesung 309 Stimmen der insgesamt 602 abgegebenen Stimmen, und somit die Mehrheit, auf den Antrag „Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“. In dritter Lesung stimmten dem Gesetz 360 Abgeordnete zu.

Die Reden von Rudolf Henke können auf seiner Homepage als Videos angesehen werden. *(Rudolf Henke MdB)*

» Brand
11.12. | 15:30 Uhr

 Weihnachtsfeier des Arbeitskreises
 „Aktive Senioren“ bei Paola Blume,
 Donatusstr. 29a

16.12. | 17:30 - 19:00 Uhr

 Bürgersprechstunde mit Bezirksbürger-
 meister Peter Tillmanns, Bezirksamt,
 Paul-Küpper-Platz 1

» Burtscheid
01.12. | 18:30 Uhr

 Advents-Stammtisch, Gaststätte
 „Kapellchen“, Malmedyer Str.

» Eilendorf
04.12. | 19:30

 Offene Vorstandssitzung, Tanzschule
 „Dance Point“, Von-Coels-Str. 167

13.12.

 Weihnachtsfahrt nach Zons,
 Nähere Auskunft: Hildegard Pitz,
 0177-4911691, hildegard_pitz@web.de

» Forst
29.12. | 19:30 Uhr

 Offene Bürgersprechstunde, Saalbau
 Kommer, Forster Linde 55

» Hangeweiher
11.12. | 19:00 Uhr

 Im Anschluss an die erweiterte Kreisvor-
 standssitzung findet die Weihnachtsfeier
 statt, Vereinsheim der Kleingartenanlage
 Hangeweiher, Klemensstraße

» Kaiserplatz
02.12. | ab 20:00 Uhr

 Bürgersprechstunde und Politischer
 Stammtisch mit Ratsherrn Markus
 Schmidt-Ott, Bezirksvertreter Dr. Ralf
 Otten und Rolf Einmahl (FV im LVR), Im
 Kolpinghaus, Wilhelmstraße 50

» Lousberg
05.12. | 09:00 Uhr

 Nikolausaktion, Roermonder Straße
 (vor Bäckerei Kaussen)

» Markt
22.12. | 19:00 Uhr

 Offene Vorstandssitzung, „Zum Goldenen
 Einhorn“, Markt

» Richterich-Horbach
02.12. | 16:00 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde, Bezirksamt Richterich

» Stadtgarten
03.12. | 18:30 Uhr

 Bürgersprechstunde & Offene Vorstands-
 sitzung mit Bürgermeisterin Dr. Margrethe
 Schmeer, Städteregionsratsmitglied
 Jutta Lehnen & Bezirksvertreterin Andrea
 Derichs, Restaurant „Soers“
 Krefelder Str. 86

» Steinebrück
02.12. | 18:00 Uhr

 Oberbürgermeister Marcel Philipp zu Gast,
 Gaststätte „Burtscheider Quelle“,
 Kapellenstr. 1

» Vaalserquartier
Nach Terminvereinbarung

 Sprechstunde mit Ratsherrn Christian
 Krenkel und Städteregionsratsmitglied
 Sebastian Exner.

Telefonisch erreichbar:

 “Bürgertelefon - der heiße Draht zur CDU
 Vaalserquartier“, Tel: 0241 53808322

» Kreispartei
11.12. | 18:00 Uhr

 Erweiterte Kreisvorstandssitzung,
 Vereinsheim der Kleingartenanlage
 Hangeweiher, Klemensstraße

11.12. | 19:00 Uhr

 Adventlicher Ausklang,
 Vereinsheim der Kleingartenanlage
 Hangeweiher, Klemensstraße

» CDA
21.12. | 19:00 Uhr

 Offene CDA-Kreisvorstandssitzung, mit
 Weihnachtessen, „Haus Kattwinkel“,
 Zehnthofweg 29

» Junge Union
08.12. | 18:00 Uhr

 Mitgliederversammlung mit Vorstands-
 wahlen, Gast Städteregionsrat Helmut
 Etschenberg, Karl-Arnold-Haus,
 Martinstr. 8

» Senioren-Union
10.12. | 15:00 Uhr

 Jahresabschlussveranstaltung mit dem
 Chefredakteur der Aachener Zeitung, Prof.
 Dr. Bernd Mathieu, Café Life, Adenauer-
 allee/Ecke Thiensweg

 Angabe von Terminen bis zum 11.12.2015 an
 Frau Kalf: 0241/470 7110 oder per E-Mail an
 anne.kalf@cdu-aachen.de

Wir gratulieren herzlich...

Klemens Kronenberg
 zum 75. Geburtstag am 05.12.

Hubertus Hüring
 zum 70. Geburtstag am 29.12.



Wir wünschen Ihnen eine schöne Adventszeit und gesegnete Weihnachten!

EUROPA

EU beschließt Ende der Roaming-Gebühren ab 2017

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist eine gute Nachricht für alle Verbraucher in der EU und ganz besonders in unserer Grenzregion: ab dem 15. Juni 2017 fallen für Anrufe, SMS und die Nutzung von mobilen Daten im EU-Ausland keine zusätzlichen Kosten mehr an. Reisende innerhalb der EU zahlen somit immer den gleichen Preis, egal ob sie ihr Mobiltelefon im Heimatland oder in anderen EU-Staaten nutzen. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren ist Teil der EU-weiten Telekommunikationsverordnung, die das Europäische Parlament auf seiner Plenartagung im Oktober 2015 verabschiedet hat.

Bereits ab April 2016 werden die Roaming-Gebühren in einer Übergangsphase schrittweise abgesenkt. Die Verordnung deckelt die Zuschläge, die Anbieter ab diesem Zeitpunkt verlangen dürfen, auf 5 Cent pro Minute für ausgehende Anrufe, 2 Cent pro SMS und 5 Cent pro Megabyte Daten. Dies bedeutet eine erhebliche Preissenkung im Vergleich zu den derzeitigen Gebühren, welche von der EU bereits seit 2007 stetig verringert wurden.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz, den das Europäische Parlament im Telekom-Paket beschlossen hat, ist die Gleichbehandlung aller Daten im Internet – unabhängig davon, was sie beinhalten oder wer sie verschickt und empfängt. Das Wort „Netzneutralität“, mit dem dieses Prinzip beschrieben wird, steht zwar nicht wörtlich im verabschiedeten Gesetzestext. Dennoch hält er erstmalig die Gleichberechtigung des Internetverkehrs und den freien Zugang zu Online-Inhalten fest. Das Telekom-Paket reguliert aber auch, unter welchen Bedingungen es Ausnahmen davon geben darf.

Was passiert etwa, wenn es zu Datenstaus kommt oder wichtige Spezialdienste, wie beispielsweise die Informationen eines Rettungswagens an ein Krankenhaus, unverzüglich weitergeleitet

werden müssen? In diesen Fällen dürfen bestimmte Daten auf eine „Überholspur“ im Datenverkehr geschickt und damit bevorzugt behandelt werden. Das gilt vor allem für Datenpakete, die hohe Anforderungen an die Internetqualität stellen. Gleichzeitig stellt das Gesetz aber auch klar, dass diese Spezialdienste die Qualität des offenen Internets nicht beeinträchtigen dürfen.

Wir hätten von Seiten des Europäischen Parlaments gerne eine stärkere Definition der Netzneutralität in der EU-Verordnung verankert. Schließlich verzerren das Blockieren von Daten und das Drosseln der Übertragungsgeschwindigkeit den Wettbewerb. Ein freies Internet ist in meinen Augen aber eine grundlegende Voraussetzung, um Innovation und Fortschritt in Europa zu fördern. Leider scheuen die Vertreter der Mitgliedstaaten im Ministerrat den Begriff der Netzneutralität wie der Teufel das Weihwasser und wollten einer stärkeren Definition nicht zustimmen. Das Telekom-Paket stellt daher einen Kompromiss dar, auf den sich Rat und Parlament geeinigt haben.

Auch wenn ich mir ein stärkeres Bekenntnis zu echter Netzneutralität gewünscht hätte, kann das Gesamtergebnis durchaus als Erfolg gewertet werden. Das Telekom-Paket ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes in Europa. Durch das Ende der Roaming-Gebühren und die Schaffung eines offenen Internets wird Europa zu einem wirklich vernetzten Kontinent. Besonders in Grenzgebieten kann davon jeder EU-Bürger profitieren. Das alltägliche Leben bei uns in der Region wird dadurch unheimlich erleichtert.

Ihre Sabine Verheyen MdeP



IMPRESSUM

CDU **Kompakt**
AACHEN

CDU-Kompakt ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8
52062 Aachen
Telefon: 0241 / 470 7110

Fax: 0241 / 470 7115
E-Mail: redaktion@cdu-aachen.de
Internet: www.cdu-aachen.de
Redaktion: Annika Fohn, Stefan Dussin

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.